A1-149 Inhaltliches Stichpunktepapier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik (Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 148 bis 150 einfügen:

5. sollen der Kommune Teile der planungsrechtlichen Bodenwertsteigerung für Investitionen in die sozialen Infrastrukturen abgeben. Bodenwertsteigerungen und deren Abschöpfung sollten in einem transparenten bundesweit einheitlicherem Verfahren geregelt werden - auch um die Korruption mit intransparenten städtebaulichen Verträgen zu begrenzen. Bei Wohnungsbauvorhaben muss die Kommune auch das Recht haben, die Bauherren

Begründung

Bauleitplanung und die begleitenden städtebaulichen Verträge sind vielfach die „Cash-Cow“ der Bauwirtschaft. Ein transparente Abschöpfung der Bodenwertsteigerungen sollte hier bundeseinheitlich eingeführt werden - Lokal ist dies wegen der Verbindungen zwischen Staat, Politik und Bauwirtschaft kaum möglich.